

BR/GT I/47 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 25. Juni 1970
BR/GT I/47/70

- Sekretariat -

UNTERGRUPPE "AUSFUEHRUNGSORDNUNG"
DER ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS
UEBER EIN EUROPÄISCHES
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 1 Nummer 1, 12 Nummer 1,
16 Nummern 1 und 2 und 17 Nummern 1 und 2

(von der Redaktionsgruppe ausgearbeitete Texte)

Zu Artikel 1

Nummer 1 (neu)

Patentklassifikation
für das Europäische Patentamt

Das Europäische Patentamt benutzt die Patentklassifikation, die in Artikel 1 der Europäischen Uebereinkunft über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 vorgesehen ist und nachstehend als "Internationale Klassifikation" bezeichnet wird.

Bemerkung:

Diese Vorschrift ist dem Artikel 1 des Ersten Vorentwurfs nur vorläufig zugeordnet worden.

Zu Artikel 12

Nummer 1 (neu)

Offenbarung der Erfindung
auf einer internationalen Ausstellung

(1) Der in Artikel 12 Buchstabe b des Uebereinkommens vorgesehene Sachverhalt muss bei der Einreichung der europäischen Patentanmeldung geltend gemacht werden.

(2) Der Anmelder muss innerhalb einer Frist von 4 Monaten nach Einreichung der Patentanmeldung eine Bescheinigung vorlegen, die während der Ausstellung von der Stelle erteilt wird, die für den Schutz des geistigen Eigentums auf dieser Ausstellung zuständig ist, und in der bestätigt wird, dass die Erfindung dort tatsächlich ausgestellt worden ist. Der Bescheinigung muss eine Darstellung der Erfindung beigelegt sein, die mit einem Beglaubigungsvermerk der vorstehend genannten Stelle versehen ist.

(3) Wird den Vorschriften der Absätze 1 und 2 nicht entsprochen, so kann das Recht gemäss Artikel 12 Buchstabe b nicht mehr geltend gemacht werden.

Zu Artikel 16

Nummer 1

Aussetzung des Erteilungsverfahrens

(1) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass ein Verfahren eingeleitet ist, in dem festgestellt werden soll, dass das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Uebereinkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder ist, so setzt das Europäische Patentamt das Erteilungsverfahren aus, es sei denn, dass derjenige, der das Recht auf das europäische Patent geltend macht, der Fortsetzung des Erteilungsverfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich. Das Verfahren kann jedoch nicht vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung gemäss Artikel 85 des Uebereinkommens ausgesetzt werden.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass in dem Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Anmelders ergangen ist, so wird das Erteilungsverfahren mit diesem fortgesetzt. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das Recht auf das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Erteilungsverfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt, die nicht kürzer sein darf als die in Artikel 16 Satz 1 des Uebereinkommens genannte Frist.

Zu Artikel 16, Nummer 1

(3) Ein Hinweis auf die Aussetzung und die Fortsetzung des Erteilungsverfahrens wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Bemerkung:

1. Eine diesem Artikel ähnliche Bestimmung müsste für den Fall getroffen werden, dass ein Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eingeleitet wird oder eine Entscheidung ergeht, solange die Einspruchsfrist läuft oder die Prüfung des Einspruchs vom Europäischen Patentamt noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist (Berichte Nr. 30 Absatz 2). Die Ausarbeitung einer derartigen Bestimmung setzt eine Änderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs voraus
2. (Text wird noch ausgearbeitet)

Zu Artikel 16

Nummer 2

Beschränkung der Zurücknahme der
europäischen Patentanmeldung

Vom Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung beim Europäischen Patentamt, dass ein Verfahren gemäss Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 16) eingeleitet ist, bis zum Ablauf der in Artikel 16 Satz 1 des Uebereinkommens genannten Frist kann die europäische Patentanmeldung nicht zurückgenommen werden, es sei denn, dass derjenige, der das Recht auf das europäische Patent geltend macht, zustimmt. Wird der Nachweis, dass dieses Verfahren eingeleitet ist, nach Ablauf eines Monats nach Eingang der Mitteilung nicht erbracht, so ist der Anmelder bis zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Nachweises wieder berechtigt, seine Anmeldung zurückzunehmen.

Bemerkung:

1. Siehe Bemerkung 1 zu Artikel 16 Nummer 1
2. (Text wird noch ausgearbeitet)

Zu Artikel 17

Nummer 1

Erfindernennung

(1) Der Erfinder kann dem Europäischen Patentamt nur vom Anmelder des europäischen Patents genannt werden. Die Nennung des Erfinders kann jederzeit bis zur Zahlung der in Artikel 97 Absatz 1 des Uebereinkommens vorgesehenen Gebühren vorgenommen werden.

(2) Die Erfindernennung ist schriftlich und gesondert einzureichen. Sie muss den Namen, die Vornamen und die vollständige Anschrift des Erfinders enthalten.

(3) Die Richtigkeit der Erfindernennung wird vom Europäischen Patentamt nicht geprüft.

Bemerkung:

1. Absatz 1 wird später geprüft.
2. Es sollte geprüft werden, ob der Erfinder dem Europäischen Patentamt auch noch genannt werden kann, solange die Einspruchsfrist läuft oder die Prüfung des Einspruchs noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist. Die Ausarbeitung einer derartigen Bestimmung setzt eine Aenderung des Artikels 17 des Ersten Vorentwurfs voraus.

Zu Artikel 17

Nummer 2

Bekanntgabe der Erfindernennung

(1) Die als Erfinder genannte Person wird vorbehaltlich der Vorschriften der Absätze 2 bis 4 dieses Artikels im europäischen Patentregister, in der Bekanntmachung des Hinweises auf die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung und der Bekanntmachung der Erteilung des europäischen Patents sowie auf den Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung und den europäischen Patentschriften als Erfinder vermerkt.

(2) Wird die Erfindernennung zu einem Zeitpunkt eingereicht, zu dem es nicht mehr möglich ist, die Vorschriften des Absatzes 1 in vollem Umfang anzuwenden, so wird der Erfinder im Europäischen Patentblatt bekanntgegeben und, sofern der Anmelder des europäischen Patents dies beantragt, auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung vermerkt.

(3) Legt ein Dritter dem Europäischen Patentamt eine rechtskräftige Entscheidung vor, aus der hervorgeht, dass der Anmelder des europäischen Patents verpflichtet ist, ihn als Erfinder zu nennen, so sind die Vorschriften der Absätze 1 und 2 entsprechend anzuwenden. Jedoch kann im Falle des Absatzes 2 auch der Dritte beantragen, auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung vermerkt zu werden.

Zu Artikel 17 Nummer 2

(4) Verzichtet der vom Anmelder des europäischen Patents genannte Erfinder dem Europäischen Patentamt gegenüber schriftlich auf seine Nennung als Erfinder, so unterbleiben die in Absatz 1 und 2 vorgesehenen Massnahmen.

Bemerkung:

Siehe Bemerkung 2 zu Artikel 17 Nummer 1.
